

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 13.03.2017

Die städtische IT neu aufstellen: Durchgriffsrechte für das IT-Referat bei E-Government

Antrag

Das neu zu gründende IT-Referat und der/die Referent(in) erhalten weitestgehende Durchgriffsrechte für das Thema E-Government. Dies beinhaltet sowohl das verantwortliche Konzipieren und Steuern von Projekten als auch die Budgethoheit für diesen Themenbereich.

Begründung:

Ein IT-Referat kann die Chancen der Digitalisierung (E-Government) nur dann wirklich nutzen, wenn es klare Querschnittskompetenzen für die Digitalisierung der wichtigsten Verwaltungsprozesse erhält - sowohl extern für den Bürgerkontakt wie auch intern für die dahinter liegenden Verwaltungsabläufe.

Durch eine konsequente und innovative Digitalisierung zentraler Verwaltungsprozesse kann die Stadt nach außen bürgerfreundlicher werden und nach innen effizienter - was auch die Arbeit des Personals sehr erleichtern würde. Momentan sucht die Kommunalverwaltung in unserer wachsenden Stadt in verschiedenen Bereichen händeringend nach Personal und kämpft auf der anderen Seite (dort wo Personal gefunden wird) mit den finanzpolitischen Auswirkungen der Stellenausweitungen.

Durch mehr E-Government (also die Vereinfachung und Verbesserung von Prozessen durch elektronische Mittel) könnte man ohne immense Personalausweitungen den wachsenden Aufgaben gerecht werden, zentrale Aufgaben besser und schneller bewältigen (etwa im Bereich Planen und Wohnen, Kinderbetreuung und Schule) und das Personal von umständlichen und teilweise stupiden Arbeiten befreien.

Wer die Studien des Normenkontrollrats der Bundesregierung und der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement liest, erkennt schnell, dass in den zentralen Verwaltungsprozessen bis zu einem Drittel der Aufwände eingespart werden könnte - bei Investitionen in recht begrenzten Umfang. Die in den Studien genannten Zahlen würden auf München heruntergerechnet bedeuten: Einmalige Kosten im zweistelligen Millionenbereich stünden jährliche Einsparungen im dreistelligen Millionenbereich gegenüber (35 Mio. gegenüber 200-400 Mio.).

Das ist aber nur möglich, wenn man die Aufgaben von Digitalisierung und E-Government als zentrale Querschnittsaufgabe begreift. Momentan ist dieser Bereich aber nur spärlich ausgestattet und die zuständige Strategieabteilung im Direktorium (STRAC) hat keine Durchgriffsmöglichkeiten in die Referate. Vieles läuft unkoordiniert. Manchmal erfährt STRAC nur zufällig von zentralen E-Government-Vorhaben in den Referaten und kann gar nicht das notwendige Know-How einbringen. Oft wird nicht strategisch und zentral entschieden, welche

Prozesse aufgrund der Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger und der damit verbundenen Effizienzpotentiale zuerst angegangen werden müssen, sondern man arbeitet auf zufälligen Zuruf der Referate. Schließlich wird E-Government manchmal so verstanden, dass man eine schöne Oberfläche für die Bürgerinnen und Bürger im Internet schafft, aber das Bürgeranliegen dann quasi wieder aus dem Drucker fällt und dann auf die herkömmliche nicht digitale Weise weiterverarbeitet wird – statt dass die weiteren internen Prozesse medienbruchfrei weiter digitalisiert verlaufen.

Letztlich müsste eine zentrale IT-Steuerung der Stadt die wichtigsten Prozesse der Verwaltung analysieren und klar priorisieren, welche dieser Arbeitsvorgänge soweit wie möglich auf digitale Arbeitsweisen umgestellt werden müssen. Das würde natürlich in zentrale Kompetenzen der Referate eingreifen, die eifersüchtig behütet werden.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth
Dominik Krause
Lydia Dietrich
Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 19.09.2017

Zentrale IT-Tools für die ganze Stadt statt vieler teurer Insellösungen

Antrag

Das IT-Referat wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln und umzusetzen, das sicherstellt, dass

- nicht immer wieder auf ähnliche IT-Bedarfe mit teuren und unkoordinierten Insellösungen für die verschiedenen Referate reagiert wird;
- in den zentralen für viele Organisationseinheiten ähnlichen Anforderungen, eine zentrale Software-Lösung (framework – ähnlich dem derzeit genutzten KOI-framework) entwickelt wird, welche die meisten gemeinsamen Anforderungen erfüllt und genügend Flexibilität für Anpassungen hat (ohne immer zu 100 % alle Nice-to-Haves zu beinhalten)
- dafür ein Pilotprojekt im Bereich „Vorgangsmanagement“ entwickelt wird;
- bei der Umsetzung versucht wird, auch kleinere IT-Startups und selbständige Entwickler_innen einzubeziehen;
- das IT-Referat bzw. der IT-Ausschuss nach Einbeziehung aller relevanten Referate Prioritätsentscheidungen darüber trifft, welche Bedarfe zu welchem Grad erfüllt werden, statt sich jeweils nur Einzelprojekte isoliert voneinander anzusehen und darüber zu entscheiden

Begründung:

Immer wieder werden von den Referaten IT-Bedarfe angemeldet, welche z.B. eine millionenteure Softwarelösung für einen eng umgrenzten Bereich (etwa die Arbeit einer einzelnen Dienststelle) nach sich ziehen. Oft gibt es aber in den verschiedenen Organisationseinheiten der Stadtverwaltung vergleichbare Wünsche an die IT, die sich viel effektiver durch eine gemeinsame, partiell auf die speziellen Bedarfe anpassbare Lösung erfüllen lassen. Ein Beispiel ist etwa der Bedarf nach einem IT-Vorgangsmanagement, in denen Personen bzw. Fälle und Ereignisse sowie die damit verbundenen elektronischen „Akten“ auf gut handhabbare Weise (mit Möglichkeiten etwa der Georeferentialität, der Herstellung von Querbeziehungen zwischen verschiedenen Listen, des Datenaustausches unter Wahrung des Datenschutzes etc.) zusammengefasst werden.

Bisher kommen die Referate und ihre Abteilungen mit ihren Wünschen je einzeln in den Stadtrat (bzw. bisher vorher in die IT-Kommission). Stattdessen sollten die zentral vergleichbaren IT-Bedarfen referatsübergreifend erhoben und davon ausgehend gemeinsame

Lösungen entwickelt werden.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth

Dominik Krause

Lydia Dietrich

Anna Hanusch

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

ANTRAG

10.07.2018

Pilotprojekt: QuartierApp im Domagkpark

Die Landeshauptstadt München initiiert ein Pilotprojekt QuartierApp im Domagkpark.

Begründung:

Eine gute Nachbarschaft gibt emotionalen Halt und Sicherheit. Das geschieht oft schon durch kleine Hilfen im Alltag. Im Zeitalter der Digitalisierung kann dies unkompliziert und barrierefrei beispielsweise über ein digitales Social Area Network funktionieren: Über eine App können sich Nachbarn aus einem Viertel mit einander vernetzen, Hilfe anbieten und erfragen, Autos, Parkplätze und Gemeinschaftsräume teilen und vieles mehr.

Die App soll ein digitales Netzwerk bilden um alle Akteure im Quartier untereinander zu verknüpfen. Die Nutzer sollen hierdurch Hilfe beim täglichen Leben und Organisieren bekommen. Folgende Dinge könnten über die APP zukünftig abgewickelt werden:

- Paketzustellung (Pakete werden nicht mehr an der Haustüre abgegeben, sondern an einem Gewerbestützpunkt im Viertel hinterlegt, Nachricht über Annahme und Abholmöglichkeit per APP)
- Serviceangebote darstellen und buchen (Paketannahmen, Wäschereinigung, Vermittlung von Handwerkern, Reinigungskräften, Babysittern)
- Sharing (bsp. Möglichkeit, Rasenmäher, Bohrmaschinen, Bügeleisen etc. mit Nachbarn zu teilen)
- Mobilität (reservieren, buchen und bezahlen von Carpooling-Fahrzeugen, Lastenfahrrädern und E-Rollern, ggf. Buchung freier Tiefgaragenstellplätze)

- Nachbarschaftshilfe (Fähigkeiten anbieten, bzw. Hilfe artikulieren)
- Raumbuchungssystem (Gemeinschaftsräume, Gästeapartments)
- Termine & Veranstaltungen
- Präsentation des örtlichen Gewerbes (Speisekarten, spezielle lokale Angebote & Serviceangebote, ggf. direkte Tischreservierung)
- Nachbarschaft

Das Pilotprojekt soll später für andere große Neubauquartiere (Freiham, Prinz-Eugen-Park, Bayernkaserne etc.) adaptiert werden können.

Initiative:

Dorothea Wiepcke
Stadträtin

Johann Sauerer
Stadtrat

Sebastian Schall
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 02.10.2018

Lernen aus dem ersten Münchner Futurecamp - Digitalisierung nutzen für eine attraktive Stadtverwaltung

Antrag

Die Stadtverwaltung führt so schnell wie möglich folgende digitale Innovationen ein:

- Eine "München-Cloud", welche allen datenschutzrechtlichen Bestimmungen genügt und damit eine Ablage auch sensibler Daten und Vorgänge ermöglicht.
- Die E-Akte, also eine elektronische Akte anstatt der traditionellen Akten in Papierform, mit dem Ziel des papierlosen Büros.
- Vereinheitlichung klassischer Personalprozesse, die bisher in verschiedenen Bereichen unterschiedlich gehandhabt werden (wie Urlaubsanträge) und Einführung einer E-Personalakte, welche über die "München Cloud" zentral verfügbar und von verschiedenen Stellen abrufbar ist (alle personalrelevanten Prozesse werden ausschließlich in diesem System geführt und bestehende Doppelstrukturen werden abgebaut).
- Laptops statt PC-Arbeitsplätze als zukünftiger Standard, um mobiles und ortsunabhängiges Arbeiten zu ermöglichen – in Kombination mit der unbürokratischen und unkomplizierten Ermöglichung von Home Office (mit mobilen Endgeräten und einfachen Zugangsverfahren wie VPN-Tunnel zum uneingeschränkten Zugang und zu allen wichtigen städtischen Services, Daten und Programmen).
- Software-Roboter (Robotic Process Automation), durch die etwa Daten aus E-Mails ausgelesen und automatisch in die dafür vorgesehene Anwendung eingefügt werden (z.B. bei Krankmeldungen per E-Mail).

Begründung

Am 7. Juli 2018 hat die Stadtverwaltung das 1. FutureCamp (in Form eines BarCamp) organisiert. Dazu wurden 250 Auszubildende und Studierende der Landeshauptstadt München eingeladen, um über die attraktive Zukunft der Stadt München zu diskutieren (Dokumentation: <https://www.it-muenchen-blog.de/index.php/futurecamp-2018-digital-gemeinsam-attraktiv/>). Die beeindruckenden Ergebnisse wurden unter Mitwirkung von drei Auszubildenden am 26.

September im IT-Ausschuss vorgestellt.

In einem der Vorträge hat eine junge Auszubildende das klare wie bestechende Motto ausgegeben: "Jetzt einfach machen!".

Dem sollten die Stadt München folgen und statt jahrelanger Prüfschleifen und Bedenkenträgereien wichtige Innovationen für die Digitalisierung der Stadtverwaltung so schnell wie möglich auf den Weg bringen. Die digitale Stadtverwaltung des 21. Jahrhunderts ist papierlos, mobil, effizient und gerade für junge Beschäftigte attraktiv und zeitgemäß. Schnelligkeit, Effizienz und Kostenreduzierung werden mit einem attraktiven Arbeitsumfeld verbunden. Um dies Zielbild zu erreichen und mit modernen Standards in der Privatwirtschaft auf Augenhöhe zu sein, muss man Visionen jetzt angehen.

Viele Hersteller von Softwareprodukten, wie z.B. SAP, setzen mittlerweile vollständig auf Cloudlösungen. Wenn der Endkunde jedoch technisch nicht in der Lage ist, eine eigene Cloudumgebung bereit zu stellen, wird es schwierig mit solchen Softwareprodukten weiterhin zeitgemäß zu arbeiten. Eine eigene Cloud macht die Stadt unabhängig von Online-Dienstleistern wie Dropbox & Co. Die Stadt kann hier ihre eigenen Datenschutzregeln durchsetzen und muss sich nicht juristisch mit internationalen Großkonzernen herumschlagen. Eine eigene Cloud bietet zudem viele Vorteile für die Beschäftigten. Ihre eigenen Daten sind jederzeit verfügbar und können von jedem möglichen Ort abgerufen werden. Software kann so in die Cloud eingebunden werden, dass auch von mobilen Endgeräten alle Services jederzeit nutzbar sind und die Beschäftigten vollen Zugriff auf ihre normale Arbeitsumgebung haben.

Damit verbunden bringt die Einführung einer E-Akte und einer E-Personalakte große Vorteile. Bisher werden die meisten Verwaltungsvorgänge händisch und oftmals noch in Papierform angelegt. Wenn ein Arbeitsschritt einer Verwaltungseinheit beendet ist, wird die Akte an die nächste Einheit weitergereicht. Dieses Verfahren ist aufwendig und sehr zeitintensiv. Die E-Akte und die E-Personalakte ermöglichen den Zugriff von verschiedenen Stellen zur gleichen Zeit. Sie verringern den Arbeits- und den Ressourcenaufwand (Papier, Druckertoner etc.), sind immer verfügbar. Änderungen lassen sich jederzeit nachvollziehen und die E-Akten sind redundant speicherbar und können somit nicht verloren gehen. Für den Bereich der E-Personalakte gilt es strenge Datenschutz- und Sicherheitsregeln zu konzipieren um wirklich nur jenen Menschen Zugriff auf diese Akten zu gewähren, die diesen Zugriff auch unbedingt (z.B. für die Lohnkostenabrechnung) benötigen.

Um der gesamten Stadtverwaltung die Möglichkeit des mobilen Arbeitens zu eröffnen, wird die Einführung von Laptops anstelle von klassischen stationären PCs forciert. Zusammen mit entsprechenden Dockingstations und Bildschirmen an den Arbeitsplätzen kann der gleiche Komfort wie bei einem stationären PC erreicht werden, jedoch kann der Rechner überall hin transportiert werden. Dadurch ergibt sich die Möglichkeit, das Home Office bzw. das Arbeiten von unterwegs auszubauen und damit zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Flexibilisierung von Arbeitsabläufen beizutragen. Gerade für jüngere Beschäftigte der Stadt ist es oftmals nicht nachvollziehbar, wieso die LHM derzeit noch so stark auf starre Arbeitsplatzlösungen und weniger auf Mobilität fokussiert ist.

Durch die Einführung von Software-Robotern, also kleinen Programmen, können bestimmte, immer wiederkehrende einfache Arbeitsabläufe vom Mensch auf die Maschine übertragen werden. Dies betrifft v.a. sehr zeitintensive Abläufe die jeden Tag anfallen und händisch von einem Programm in ein anderes übertragen werden müssen (z.B. per E-Mail eingegangene Krankmeldungen, die in verschiedene Personalverwaltungsprogramme einzutragen sind). Softwareroboter arbeiten autark und können solche Arbeitsschritte schnell und fehlerfrei bewältigen. Jeder Arbeitsschritt kann dokumentiert und nachvollzogen werden, es bleibt also im Fehlerfall immer eine Kontrollmöglichkeit. Das Personal wird durch solche kleinen Helfertools entlastet und kann sich mit mehr Energie und Zeitressourcen komplexeren Aufgaben widmen.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Florian Roth

Anna Hanusch

Anja Berger

Mitglieder des Stadtrates

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München



München, 31.10.2018

ANTRAG
Zentrale Adress-Datenbank für die Stadt München

Die Landeshauptstadt München entwickelt eine IT-Lösung für eine zentrale Adress-Datenbank für alle städtischen Referate und Eigenbetriebe.

Ziel ist, dass Namens- und Adressänderungen nur einmal gemeldet werden müssen und die aktuellen Daten allen Postverteilern zur Verfügung stehen.

Begründung:

Momentan führt jedes Referat oder sogar einzelne Abteilungen eigene Adress-Datenbanken, die mühsam aktualisiert werden müssen – oder oft genug auf einem völlig veralteten Stand bleiben. Bei etlichen Referaten haben sich z.B. Parteiwechsel von Stadträten oder Namensänderungen von Fraktionen auch nach mehr als zwei Jahren noch nicht herumgesprochen.

Dies stellt auch für die Zentrale Poststelle im Rathaus eine unnötige Mehrbelastung dar. Hier muss dringend eine zeitgemäße und effektive IT-Lösung gefunden werden.

Initiative: **Richard Progl**
weitere Fraktionsmitglieder: Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Mario Schmidbauer

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 06.11.2018

Lernen aus dem Open Government Tag 2018 “Restart Verwaltung: gemeinsam - mutig - innovativ”

Antrag

Die Stadtverwaltung zieht folgende Konsequenzen aus dem Open Government Tag 2018¹:

1. Das Projekt muc.me² der Technischen Universität München, ein interaktives Tool zum Einbringen von Bürgervorschlägen an die Bezirksausschüsse, wird von der Landeshauptstadt München unterstützt bzw. weiterbetrieben, damit es auf Dauer eingerichtet und auf alle 25 Stadtbezirke ausgeweitet werden kann. Bei den Bürgerinnen und Bürger wird muc.me intensiv beworben, um eine hohe Beteiligungsquote bei Stadtviertelprojekten zu erreichen.
2. Die Beteiligung von kleinen Start-ups sowie von Studierenden im Bereich der Softwareprogrammierung soll bei städtischen Projekten besser ermöglicht werden als es in den klassischen städtischen Vergabeverfahren bisher möglich ist. Ziel dabei ist es, die Innovationskraft und Agilität von kleinen Firmen und von Studierenden für eine moderne Stadtverwaltung zu nutzen.
3. Die Verwaltung etabliert Digital Service Teams als Pilotprojekt in einem Referat und berichtet dem Stadtrat über die Ergebnisse des Versuch. Diese Teams sollen dabei helfen, “Onlineprodukte der öffentlichen Verwaltung anzubieten, die in ihrer Qualität ... mit Produkten externer Provider im privaten Sektor mithalten können, indem sie einfach zu verwenden sind, in einfach verständlicher Sprache für jeden zugänglich sind und generell den Frustrationslevel von Verwaltungsakten reduzieren”³

1

<https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Direktorium/IT-Beauftragte/Projekt-E--und-Open-Government/Veranstaltungen/Open-Government-Tag.html>

2 <https://muc.me/>

3

<https://medium.com/public-service-lab/digitale-service-teams-transformieren-die-%C3%B6ffentlichen-verwaltung-173eab1cb39c>

Begründung:

Wie auch schon in den Vorjahren hat der Open Government Tag der Landeshauptstadt München am 25. Oktober 2018 unter dem Motto "Restart Verwaltung: gemeinsam - mutig - innovativ" viele Anregungen gebracht, die auch bald umgesetzt werden sollten, damit die Stadt als Dienstleisterin für die Bürgerinnen und Bürger den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Besonders wichtig erscheint es hier, sich für Ideen und Projekte aus der Gesellschaft zu öffnen, mit der IT-Community in München zusammenzuarbeiten und Teams zu organisieren, die sich der digitalen Gegenwart und Zukunft stellen.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth

Anna Hanusch

Dominik Krause

Anja Berger

Mitglieder des Stadtrates

MünchenSPD Stadtratsfraktion · Rathaus · 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 22.11.2018

Surfen für Alle V: Digitale Angebote für Senior*innen bei M-Net, der Stadtsparkasse und den großen IT-Dienstleistern in München ausbauen

Antrag

Der Oberbürgermeister wird gebeten, gemeinsam mit den städtischen Gesellschaften zu prüfen, welche speziellen Angebote für ältere Menschen im Hinblick auf deren Zugriff auf digitale Medien eingeführt werden können.

Denkbar sind hier u.a. Schulungsangebote der Stadtsparkasse zum Online-Banking speziell für Senior*innen, Beratungs- und Einweisungsangebote von M-Net für die Installation von W-LAN zu Hause oder ggf. auch ein subventioniertes Angebot für Ältere mit geringen Renten.

Zudem wird die Stadtverwaltung gebeten, auf große Münchner IT-Dienstleister und andere in Frage kommende Unternehmen zuzugehen, um gemeinsam Ideen und Vorschläge zu erarbeiten, wie Senior*innen in einer zunehmend digitalen Stadt beteiligt werden können.

Begründung

Die städtischen Gesellschaften können beauftragt werden, kostengünstige spezialisierte Angebote für ältere Menschen anzubieten. So ist beispielsweise ein Online-Konto bei der Sparkasse gebührenfrei. Der Zugriff auf dieses soll interessierten Senior*innen künftig leichter ermöglicht werden.

M-Net und andere Unternehmen sollen vergünstigte und seniorenspezifische Angebote machen, damit niemand aufgrund seines Alters oder einer geringen Rente digital abhängig wird und dadurch Nachteile erleidet.

gez.

Anne Hübner
Bettina Messinger
Christian Vorländer
Hans Dieter Kaplan
Gerhard Mayer

Christian Müller
Verena Dietl
Dr. Constanze Söllner-Schaar
Simone Burger
Haimo Liebich

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89 - 23 39 26 27, Fax: 0 89 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadträtin Sabine Bär
Stadträtin Anja Burkhardt

ANTRAG

27.11.2018

Digitalisierungshauptstadt München: Die Stadt stattet alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dienstlichen Smartphones aus!

Der Stadtrat möge beschließen:

Das Referat für Informationstechnologie und Telekommunikation wird federführend beauftragt, so schnell wie möglich alle städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, einschließlich Nachwuchskräften, mit dienstlichen mobilen Endgeräten (Smartphones oder Tablets) auszustatten. Die Smartphones sollen in einem festgelegten Umfang auch privat genutzt werden dürfen. Die Details sind in Dienstvereinbarungen zu regeln. In diesen Dienstvereinbarungen ist auch sicherzustellen, dass mit der Zurverfügungstellung eines dienstlichen Smartphones nicht die Erwartung verbunden ist, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch außerhalb der Dienstzeit erreichbar sind.

Mindestens folgende Applikationen/Dienste sind zur Verfügung zu stellen:

- Kalender
- Mail
- Internetzugang
- Intranet (WilMa) inkl. Chatfunktion
- Employee Self Service ESS (wie Lohn- und Bezügeabrechnung, Beihilfeantrag- und abrechnungen etc.)
- Workforce-Management (Zeiterfassung, Urlaubs- und Dienstbefreiung, Schicht- und Personaleinsatzplanung)
- Mitarbeiterbefragungen
- Zugang zu Fachverfahren (falls möglich und notwendig)

Begründung:

Viele der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, vor allem außerhalb der klassischen Verwaltungsbereiche, verfügen nicht über einen eigenen PC-Arbeitsplatz. Dies betrifft neben dem Lehr- und Erziehungsdienst vor allem die gewerblich-technischen Bereiche. Im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung droht deshalb eine Zweiklassengesellschaft unter den städtischen Beschäftigten. Während die einen kontinuierlich über den dienstlichen PC Zugang zu den digitalen Informationen haben, werden andere davon abgeschnitten.

Von der Digitalisierung sollen und müssen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung gleichermaßen profitieren und an ihr partizipieren können.

Die oben genannten Anwendungen benötigen alle städtischen Beschäftigten gleichermaßen. So sollten zum Beispiel auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Straßenreinigung Zugriff auf das Intranet (Wilma) haben, sich ihre Lohnabrechnungen online einsehen oder ihren Urlaubsantrag digital stellen können. Auch sie benötigen Zugang zur Zeiterfassung oder zur Dienst- und Schichtplanung. Auch sollten diese Personengruppen gleichermaßen an Mitarbeiterbefragungen teilnehmen können.

Manche der oben genannten Anwendungen gibt es bereits, manche befinden sich derzeit in der Planung.

Kalender und Mail sind bereits auf ein Standardprodukt umgestellt, für das mobile Apps zur Verfügung stehen. Der Internetzugang ist sowieso eine Standardfunktionalität. Für das neue städtische Intranet wird im nächsten Jahr eine App-Lösung zur Verfügung stehen.

Gäbe es einen einheitlichen Hardwarestandard, nämlich das dienstlich zur Verfügung gestellte Smartphone oder Tablet, ließen sich bei den anstehenden Digitalisierungsvorhaben, wie zum Beispiel der Zeiterfassung und Workforce-Management, erhebliche Effizienzgewinne erzielen, da diese dann für eine einheitliche Plattform entwickelt werden könnten. Bei der Zeiterfassung wären zum Beispiel teure, lokal installierte Zeiterfassungsgeräte überflüssig.

Letztlich wäre die Zurverfügungstellung eines dienstlichen Smartphones, dass auch privat genutzt werden kann, ein großer Gewinn für die Arbeitgeberattraktivität der Landeshauptstadt München und würde auch einen Akt der Wertschätzung gegenüber den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern darstellen. Schließlich würde es auch dem Ansinnen der Landeshauptstadt München, eine soziale Arbeitgeberin zu sein, entsprechen, wenn alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hierarchiefrei und gleichermaßen an der Digitalisierung partizipieren könnten.

Die Ausgabe, Wartung und Betreuung der Smartphones und Tablets sollte über externe Dienstleister erfolgen.

Initiative:
Sabine Bär
Stadträtin

Anja Burkhardt
Stadträtin

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 16.01.2019

Münchens digitale Zukunft gestalten – I Digitalisierungsoffensive starten

Antrag

1. Die Stadtverwaltung entwickelt analog zur Schulbauoffensive ein System, in welchem dem Stadtrat gebündelt Digitalisierungsvorhaben inklusive Zeitplan und Finanzierung vorgelegt werden. Über den Fortschritt der einzelnen Projekte wird dem Stadtrat in regelmäßigen Abständen berichtet.
2. Die Stadt gründet einen Digitalrat mit Mitgliedern aus Stadt, Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Digitalcommunity (incl. Open-Source-Community), welcher über die Ausrichtung und Gestaltung der Digitalisierung in München berät.
3. Die IT im „Konzern Stadt“ (Landeshauptstadt sowie ihre Tochtergesellschaften) entwickelt gemeinsam und kooperativ Digitalisierungsziele und Umsetzungsstrategien.
4. Die Stadtverwaltung installiert in jedem Referat CDOs (Chief Digital Officer), welche mit Entscheidungsbefugnis ausgestattet sind und die Digitalisierung in den einzelnen Referaten voranbringen.

Begründung:

Digitalisierung ist in der aktuellen politischen Debatte ein allgegenwärtiges Schlagwort. Wer auch künftig hochwertige Services für die Bürgerinnen und Bürger sowie Innovation befördernde Infrastrukturen anbieten will, muss sich dem digitalen Wandel stellen. Auch bedingt durch den deutschlandweiten und internationalen Wettbewerb um die besten Lösungen und Konzepte geht es tatsächlich in der Politik nicht mehr um das „Ob“, sondern nur noch um das „Wie“ der Digitalisierung, da ansonsten die Gefahr besteht, gegenüber anderen Kommunen ins Hintertreffen zu geraten. Eine Digitalisierungsstrategie, die die drei Kernbereiche Stadtgesellschaft, Infrastruktur und Stadtverwaltung adressiert, kann hier vieles leisten. Sie kann Wege aufzeigen, wie Behördengänge schneller und effizienter werden. Sie kann die Türen für die Bürgerinnen und Bürger öffnen, damit diese über das Stadtgeschehen besser informiert und besser beteiligt werden können. Sie kann sichtbar machen, wie Kompliziertes einfach werden kann, Unübersichtliches geordnet und vieles mehr.

Jedoch dürfen die unter dem Schlagwort „Digitalisierung“ zusammengefassten technischen Neuerungen niemals ein Selbstzweck sein, sondern müssen am Gemeinwohl orientierte

attraktive Angebote hervorbringen. Diese Angebote müssen erstens den Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger an Datenklarheit, Datenhoheit und Datenschutz genügen. Zweitens muss die digitale Teilhabe der Bevölkerung sichergestellt sein – also die Möglichkeit, dass alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig vom Einkommen und Bildungsstand die digitalen Services der Stadt und ihrer Tochterunternehmen nutzen können.

Damit die Chancen der digitalen Transformation optimal genutzt werden können, braucht es mehr als passive politische Begleitung, sondern klare Aussagen des Stadtrates als Vertretung der Münchner Bürgerinnen und Bürger, welche Ziele und Schwerpunkte wichtig sind und welche Vorhaben Priorität haben.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth

Sebastian Weisenburger

Angelika Pilz-Strasser

Anja Berger

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 16.01.2019

Münchens digitale Zukunft gestalten – II Plattformen für die Bürger*innen ausbauen

Antrag

1. Die Stadt führt noch im Jahr 2019 eine Onlineplattform für Bürgerbeteiligung ein. Es wird hierzu keine eigene Plattform entwickelt, sondern ein bestehendes Produkt genutzt und ggf. angepasst (z.B. die Open-Source-Software adhocracy).
2. Die Stadt entwickelt einen Kapazitätsfinder mit Suchfunktion für Angebote mit Kapazitätsengpässen (z.B. Hebammen / Kinderarztplätze / Betreuungsplätze / Pflegeplätze etc.). Die Nutzung all dieser Services sollte mit einem Konto ähnlich dem aktuell bestehenden kitafinder+ funktionieren.
3. Die Stadt entwickelt zusammen mit der Portal München GmbH und der Stadtwerke München GmbH eine zentrale App für möglichst alle relevanten Services wie der Nutzung des MVVs, der SWM-Bäder und der über München Ticket erworbenen Eintrittskarten.
4. Die Stadt führt einen Relaunch des RIS (Ratsinformationssystems) auf Basis einer neuen Plattform durch, welche den aktuellen Bedürfnissen der unterschiedlichen Nutzergruppen (Verwaltung / Politik / Stadtgesellschaft) entspricht, bedienungsfreundlich und modern gestaltet ist, sowie dem Datenschutz genügt.

Begründung:

Digitalisierung ist in der aktuellen politischen Debatte ein allgegenwärtiges Schlagwort. Wer auch künftig hochwertige Services für die Bürgerinnen und Bürger sowie Innovation befördernde Infrastrukturen anbieten will, muss sich dem digitalen Wandel stellen. Auch bedingt durch den deutschlandweiten und internationalen Wettbewerb um die besten Lösungen und Konzepte geht es tatsächlich in der Politik nicht mehr um das „Ob“, sondern nur noch um das „Wie“ der Digitalisierung, da ansonsten die Gefahr besteht, gegenüber anderen Kommunen ins Hintertreffen zu geraten. Eine Digitalisierungsstrategie, die die drei Kernbereiche Stadtgesellschaft, Infrastruktur und Stadtverwaltung adressiert, kann hier vieles leisten. Sie kann Wege aufzeigen, wie Behördengänge schneller und effizienter werden. Sie kann die Türen für die Bürgerinnen und Bürger öffnen, damit diese am Stadtgeschehen besser informiert und besser beteiligt werden können. Sie kann sichtbar machen, wie Kompliziertes einfach werden kann, Unübersichtliches geordnet und vieles mehr.

Jedoch dürfen die unter dem Schlagwort „Digitalisierung“ zusammengefassten technischen Neuerungen niemals ein Selbstzweck sein, sondern müssen am Gemeinwohl orientierte attraktive Angebote hervorbringen. Diese Angebote müssen erstens den Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger an Datenklarheit, Datenhoheit und Datenschutz genügen. Zweitens muss die digitale Teilhabe der Bevölkerung sichergestellt sein, also die Möglichkeit, dass alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig vom Einkommen und Bildungsstand die digitalen Services der Stadt und ihrer Tochterunternehmen nutzen können.

Damit die Chancen der Digitalen Transformation optimal genutzt werden können, braucht es mehr als passive politische Begleitung, sondern klare Aussagen des Stadtrates als Vertretung der Münchner Bürgerinnen und Bürger, welche Ziele und Schwerpunkte wichtig sind und welche Vorhaben Priorität haben.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth

Sebastian Weisenburger

Angelika Pilz-Strasser

Anja Berger

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 16.01.2019

Münchens digitale Zukunft gestalten – III Die Münchnerinnen und Münchner mitnehmen

Antrag

1. Die Stadt führt eine Bürger-ID ähnlich der BayernID ein und sorgt dafür, dass innerhalb eines Kontos alle Online-Services ohne zusätzliche Anmeldeschritte nutzbar sind. Hierzu setzt sich die Stadt mit dem Freistaat in Verbindung, mit dem Ziel, eine möglichst bayernweit standardisierbare kommunale Lösung anzubieten.
2. Die Stadt München führt ein Once-Only-System ein, in dem die Bürgerinnen und Bürger ihre Daten nur einmal eingeben müssen und diese dann unter Beachtung des Datenschutzes (mit Zustimmungsverfahren) stadtintern weitergegeben werden (perspektivisch wären auch Landes- und Bundesbehörden einzubinden). Sie können sich dann mit nur einer Zugangsberechtigung anmelden und Behördenkommunikation erledigen oder Services nutzen - statt ihre Daten immer neu eingeben zu müssen (bei Kindertageseinrichtungen, Meldebehörde, Standesamt, Wohnungsamt etc.).
3. Die Stadt führt Bürger-Labs ein. An geeigneten Standorten (z.B. die Bürgerbüros) wirbt die Stadt für ihr Digitalisierungsangebot und sorgt dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger sich in Digitallaboren an der Ausgestaltung der digitalen Zukunft der Stadt beteiligen können.
4. Die Stadt veröffentlicht ihren Digitalisierungsradar mit allen wichtigen digitalen Vorhaben auf einer geeigneten Plattform und bietet allen Interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, eigene Vorschläge zur Digitalisierung der Stadt einzubringen und zu diskutieren.
5. Die Stadt entwickelt und realisiert Konzepte zur "digitalen Teilhabe", die sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig vom Einkommen und Bildungsstand die digitalen Services der Stadt und ihrer Tochterunternehmen nutzen können. Ein besonderes Augenmerk soll auf die Einführung von Mietgeräten und kostenfreien Schulungen gelegt werden.

Begründung:

Digitalisierung ist in der aktuellen politischen Debatte ein allgegenwärtiges Schlagwort. Wer auch künftig hochwertige Services für die Bürgerinnen und Bürger sowie Innovation befördernde Infrastrukturen anbieten will, muss sich dem digitalen Wandel stellen. Auch bedingt durch den deutschlandweiten und internationalen Wettbewerb um die besten Lösungen und Konzepte geht es tatsächlich in der Politik nicht mehr um das „Ob“, sondern nur noch um das

„Wie“ der Digitalisierung, da ansonsten die Gefahr besteht, gegenüber anderen Kommunen ins Hintertreffen zu geraten. Eine Digitalisierungsstrategie, die die drei Kernbereiche Stadtgesellschaft, Infrastruktur und Stadtverwaltung adressiert, kann hier vieles leisten. Sie kann Wege aufzeigen, wie Behördengänge schneller und effizienter werden. Sie kann die Türen für die Bürgerinnen und Bürger öffnen, damit diese am Stadtgeschehen besser informiert und besser beteiligt werden können. Sie kann sichtbar machen, wie Kompliziertes einfach werden kann, Unübersichtliches geordnet und vieles mehr.

Jedoch dürfen die unter dem Schlagwort „Digitalisierung“ zusammengefassten technischen Neuerungen niemals ein Selbstzweck sein, sondern müssen am Gemeinwohl orientierte attraktive Angebote hervorbringen. Diese Angebote müssen erstens den Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger an Datenklarheit, Datenhoheit und Datenschutz genügen. Zweitens muss die digitale Teilhabe der Bevölkerung sichergestellt sein, also die Möglichkeit, dass alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig vom Einkommen und Bildungsstand die digitalen Services der Stadt und ihrer Tochterunternehmen nutzen können.

Damit die Chancen der Digitalen Transformation optimal genutzt werden können, braucht es mehr als passive politische Begleitung, sondern klare Aussagen des Stadtrates als Vertretung der Münchner Bürgerinnen und Bürger, welche Ziele und Schwerpunkte wichtig sind und welche Vorhaben Priorität haben.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth

Sebastian Weisenburger

Angelika Pilz-Strasser

Anja Berger

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadträtin Dorothea Wiepcke
Stadträtin Sabine Bär
Stadträtin Alexandra Gaßmann

ANTRAG

12.02.2019

Vier Augen-Prinzip leicht gemacht: Erweiterung der MVG more-APP

Die Stadtverwaltung ermöglicht es künftig, dass jeder Bürger über die MVG more-App Mängel in der kommunalen Infrastruktur passgenau und mit geringem Aufwand direkt bei der Stadtverwaltung platzieren kann.

Begründung:

Die Bürgerinnen und Bürger nutzen die kommunale Infrastruktur intensiv und sie sind die Ersten, die merken, wenn sich z.B. ein Schlagloch auftut, eine Straßenlaterne defekt ist, ein Mülleimer überquillt, eine Ampelanlage streikt, etc.

Häufig sind die Bürger überfordert von der Suche nach dem richtigen Ansprechpartner in der Verwaltung. Durch die Integration eines Meldeformulars in der MVG more APP könnte man die Unterstützung der Bürger bei der Behebung von Infrastrukturmängeln vereinfachen. Damit die Meldung passgenau in dem dafür zuständigen Referat aufschlägt, erfolgt zunächst eine Kategorisierung (Müll, Straßenlaterne, etc.), und anschließend eine Übermittlung des Standortes via GPS. In einem zweiten Schritt können ggf. weitere Details kombiniert mit einem Foto übermittelt werden.

Initiative:
Dorothea Wiepcke
Stadträtin

Sabine Bär
Stadträtin

Alexandra Gaßmann
Stadträtin